

V0799/23

Umsetzung der Ergebnisse der Personalbemessung aus der Organisationsuntersuchung für die Kämmerei; Besetzung von 9,50 Poolstellen und Schaffung von 2,50 Planstellen (Referenten: Herr Fleckinger, Herr Kuch)

Antrag:

1. Die Ergebnisse der umfassenden Organisationsuntersuchung für die Kämmerei mit einem festgestellten Personalbedarf von insgesamt 17,79 VZÄ Stellen werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Besetzung der im Sachvortrag dargestellten und begründeten 9,50 VZÄ Poolstellen wird zugestimmt. Die Stellen sind unverzüglich auszuschreiben und zu besetzen.
3. Die Neuschaffung von 2,50 VZÄ im Stellenplan 2024 wird entsprechend den Ausführungen im Kurzvortrag genehmigt. Die Stellen werden zur sofortigen Besetzung freigegeben.

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	12.10.2023	Vorberatung
Stadtrat	17.10.2023	Entscheidung

Stadtrat vom 17.10.2023

Die Beschlussvorlagen der Verwaltung **V0870/23**, **V0819/23**, **V0799/23** und **V0785/23** werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Herr Kuch führt aus, dass dies der traditionell im Oktober eingebrachte Beschluss sei, der dann in den Haushaltsrechtlichen Stellenplan überführt werde. Bei der Stellenplanentwicklung 2024 seien noch etwaige Stellenbeschlüsse nicht erfasst, die heute im Nachgang zu erfassen seien. Zum einen seien die im Nachtragshaushalt am 25.07.2023 beschlossen 15 Stellen abgebildet, und des Weiteren noch eine Stelle vom Amt für Kinderbetreuung die schon am 25.10.2022 beschlossen worden sei. Wenn heute noch unter Punkt 13 die 2,5 Planstellen im Bereich der Kämmerei beschlossen werden, dann würden an dieser Stelle noch 2,5 VZÄ für den regulären Stellenplan 2024 hinzukommen. Auch sei der Einzug von disponiblen Stellen und das wiederauffüllen des Stellenpools dargestellt, dazu ist Herr Kuch der Meinung, dass dies nach aktuellem Stand (noch) nicht nötig sei. Von den 15 Poolstellen die für den Stellenplan 2023 beschlossen wurden, sei bis heute noch keine Stelle beansprucht worden. Wenn nun unter Punkt 12 und 13 die Beschlüsse wie vorgeschlagen kommen, dann seien von den 15 Stellen 13,5 beansprucht. Positives berichtet Herr Kuch bezüglich der ZBV-Stellen, denn Stellenschaffungen (6,0) und Einzug von ZBV-Stellen (6.5) seien mehr aus ausgeglichen. Der Vollzug von KW-Vermerken sei bereits in der Sitzung am 16.05.2023 beschlossen, sodass sich nach aktueller Beschlusslage eine Reduzierung der Planstellen zwischen Stellenplan 2023 und 2024 von zwei VZÄ ergebe.

Stadtrat Grob teilt mit, dass die CSU-Stadtratsfraktion bei Punkt 11 den einzelnen Stellen zustimme, jedoch den 15 Poolstellen nicht zustimmen werde, da die Begründung nicht mehr greife, dass man um einen Nachtragshaushalt herumkomme. Es sei heute intensiv diskutiert worden, wo man sparen könne und im Rahmen des Haushaltes und den Poolstellen, habe

man im Wesentlichen den Vorteil, dass man keinen Nachtragshaushalt anbinden müsse. Da es für 2024 ohnehin einen Nachtragshaushalt geben werde, sei die CSU-Stadtratsfraktion der Meinung, dass man die 15 Poolstellen nicht schon im Voraus verteilt werden sollen, denn das könne dann auch im Nachtragshaushalt einzeln verhandelt werden. Zum Top 12 und 13 führt Stadtrat Grob aus, dass die CSU-Stadtratsfraktion der Meinung ist, dass die 23 Stellen aus dem Pool genommen werden soll, und nach intensiver Beratung in der Fraktion, habe man sich dafür ausgesprochen, aus Spargründen die 1,5 Vollzeitäquivalente im Umweltbereich nicht zuzustimmen. Für die Stellen der Kämmerei gebe es Zustimmung. Der Antrag sei, 14,5 Stellen aus dem Pool zu nehmen, denn das sei sowohl ein Spareffekt als auch das Besetzen der Poolstellen. Wenn man als Stadtrat am Sparwillen festhalten wolle, dann brauche man eine gut kalkulierende, gut rechnende und gut beratende Kämmerei für die nächsten Jahre. Stadtrat Grob stellt den Antrag, für 2024 die Poolstellen rauszunehmen und dann im Nachtragshaushalt bringen.

Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass die Organisationsuntersuchung deutlich mehr Stellenbedarfe im Bereich der Pflichtaufgaben festgestellt habe, und es gebe dazu auch einen konkreten Fall, der zeige, dass zu wenig Stellen vorhanden seien und bei Schadensereignisse auch geprüft werde, ob ausreichend Personal eingesetzt war, um den Schaden abzuwenden. Bürgermeisterin Kleine schildert, dass es im Stadtgebiet eine Baugesellschaft gebe, die sich nicht an die Auflagen halte und verunreinigte Wasser in die Kanalisation führe. Aufgrund der dramatischen Personalsituation konnte dies nicht ausreichend geprüft werden, da es im Bereich Bodenschutz im Umweltamt nur eine Fachfrau gebe und diese krank gewesen sei. Mit Hilfe des Wasserwirtschaftsamtes und der INKB habe man es geschafft, das Bußgeld und die strafrechtlichen Vorwürfe zu klären. Die Stadt Ingolstadt kann mit der aktuellen Personalsituation in diesem Bereich den Pflichtaufgaben nicht nachkommen, und die Kontrolldichte kann nicht gewährleistet werden und dies führe bereits zu Engpässen bei Schadenvorfällen. Bürgermeisterin Kleine verdeutlicht noch einmal, dass die Situation im Bodenschutzrecht dramatisch sei und die 4,9 Stellen dringend für Pflichtaufgaben benötigt werden. Des Weiteren liegen Überlastungsanzeigen vor, die nicht beantwortet werden können. Im Bodenschutz und Wasserrecht können keine Kontrollen durchgeführt werden. Die Bescheide können nicht so schnell abgearbeitet werden, wie die Wirtschaft sie brauche, denn man habe das Personal dafür nicht zur Verfügung. Es gebe bereits Prioritätenlisten und es gebe keinerlei freiwillige Aufgaben mehr, sondern nur noch Pflichtaufgaben die erfüllt werden müssen. Bürgermeisterin Kleine bittet um Zustimmung, und möchte auch Herrn Stadtrat Grob verdeutlichen, was er mit diesen 1,5 Stellen ablehne, und dass das Thema sehr ernst zu nehmen sei.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf denkt, dass es sinnvoll sei die Tagesordnungspunkte 11 bis 14 gemeinsam zu behandeln.

Herr Kuch führt ergänzend zu den Poolstellen im Umweltamt aus, dass eine externe Firma hinzugezogen worden sei. Diese habe es dann auf der Grundlage der Ergebnisse der IST-Aufnahmen der Firma Kienbaum aus dem Projekt „Aufgabenkritik“ begutachtet, und es sei sehr genau zwischen gesetzlichen Pflichtleistungen mit Haftungsrisiko und freiwilligen Aufgaben unterschieden worden. Die 1,5 VZÄ die nun beantragt werden, seien an der Grenze zu dem, was Herr Kuch noch vertreten könne, um die gesetzlichen Aufgaben mit dem größten Haftungsrisiko abdecken zu können. Der Gutachter bestätigte auch, dass keine freiwilligen Leistungen im Umweltamt mehr gemacht werden können, und selbst im Bereich der Pflichtaufgaben sei es wichtig, Prioritäten zu setzen. In Anbetracht des Stellenplanverfahrens 2025 das jetzt im kommenden Jahr vorbereitet werde, teilt Herr Kuch mit, dass man davon ausgehe, im Allgemeinverfahren erneut eine Nullrunde zu haben. Das bedeute, dass bei kurzfristig sich ergebenden unabdingbaren Stellenbedarfen, im Fall von neuen gesetzlichen Aufgaben Stellenbedarfe nur über die Regelung in Art. 68, Absatz 3 GO, bei sonstigen unabdingbaren Bedarfen über eine Verwendung der Poolstellen abgedeckt werden könnten. Als letzte Lösung gebe es dann noch den Nachtrag. Herr Kuch erwartet, dass die Chancen in Bezug auf einen Nachtrag in 2024 eher überschaubar seien. Auch der

Spareffekt, den man dadurch hätte, wenn man auf die Ausweisung dieser Poolstellen verzichte, sei nicht besonders groß, da diese nur im jeweiligen Eingangsamtsamt und nur mit der Hälfte der jährlichen Personalkosten im Haushalt veranschlagt würden. Der Spareffekt sei damit überschaubar, doch die unterjährige Flexibilität die man sich dadurch nehme, sei enorm und stehe in keinem Verhältnis für den daraus erzielten Einsparungseffekt, so Herr Kuch.

Stadtrat Schäuble teilt mit, dass er über die Rede von Bürgermeisterin Kleine erstaunt sei, und zitiert einen Satz der Vorlage: „Was ist die Folge, wenn der Personalmehrbedarf nicht abgedeckt wird? Das Umweltamt wird noch stärker als bisher priorisieren müssen. Um die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben wahrnehmen zu können, werden vor allem

- stadtinterne Aufgaben (insbesondere Projekte, Arbeitskreise, aber auch fachliche Anfragen anderer Ämter, kurzfristige Meeting-Anfragen ohne konkrete Tagesordnung) und
- freiwillige Aufgaben (Bürgerberatung, Projekte zur Sensibilisierung der Bevölkerung, Öffentlichkeitsarbeit, Bearbeitung von Bürgerbeschwerden)

deutlich reduziert werden müssen.“ Stadtrat Schäuble äußert, dass dies in der Vorlage als Konsequenz angegeben sei, wenn von freiwilligen und auch Pflichtaufgaben umgeschichtet werden müssen. Es keine angenehme Aufgabe, auf Meeting-Anfragen ohne konkrete Tagesordnung zu reduzieren, doch im Anbetracht des Spardiktates ist Stadtrat Schäuble der Meinung, müsse ein Risiko eingegangen werden und nicht zugestimmt werden, und die 1,5 Stellen durch interne Aufgaben, Umschichtungen in die Pflichtaufgaben zu bewältigen seien.

Bürgermeisterin Kleine denkt, dass sich die Aussage von Stadtrat Schäuble auf die 4,9 festgestellten fehlenden Stellen beziehe. Sie führt aus, dass die 1,5 Stellen die man als Minimum beantragt habe und die auch sofort besetzt werden sollen noch ein weiteres Kriterium haben, denn es bestehe das größte Haftungs- und Schadenrisiko. Der geschilderte Fall zeige, dass aufgrund fehlenden Personals zu lange gebraucht werde, um Zwangsgelder anzuordnen, den Umweltstrafatbestand zu prüfen und dass vor allen Dingen die Abstomsicherung wieder eingeschaltet werde. Bürgermeisterin Kleine stellt noch einmal klar, dass die 1,5 Stellen absolute Pflichtaufgaben seien.

Stadtrat Werner führt aus, dass der SPD-Stadtratsfraktion die Darlegungen der Vorlage genügt, um zustimmen zu können. Es sollen die zwei notwendigsten Stellen geschaffen werden und Stadtrat Werner zitiert aus der Vorlage: „Für die Stadt Ingolstadt besteht die Gefahr, sich ein Organisationsverschulden vorwerfen zu lassen, wenn nachweislich für die Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufgaben nicht ausreichend Personal vorhanden ist. Hinzu kommt, dass im Fall von Sachschäden an fremdem Eigentum oder Personenschäden durch Versäumnisse beim Vollzug der Umweltgesetze Haftungen und Schadenersatzforderungen drohen. Zudem können einige Verstöße gegen Umwelt, rechtliche Vorschriften strafrechtliche Konsequenzen haben.“ Er ist der Meinung, dass dies eine zugewiesene Aufgabe des Freistaates Bayern sei und man habe keine Wahl und Frau Bürgermeisterin Kleine habe an praktischen Beispielen dargelegt, welche Folgen daraus entstehen. Die Begründung von Frau Bürgermeisterin Kleine sei überzeugend, und deshalb gebe es Zustimmung. Bezüglich des Stellenplanes führt Stadtrat Werner aus, dass Herr Kuch mit dieser Vorlage bereits seinen Teil an den notwendigen Einsparungen im Haushalt 2024 erbracht habe und sogar zwei Stellen reduziert werden. Ingolstadt sei eine wachsende Stadt und der Bevölkerungswachstum bringe auch einen Aufgabenwachstum mit sich, doch das Personal wachse nicht und das werde man an mehreren Stellen in der Verwaltung spüren. Die allgemeine Finanzsituation sei klar, und auch der Personalbereich müsse seinen Beitrag dazu leisten, doch Herr Kuch habe dies bereits mit seiner Vorlage getan, deshalb sei es seiner Meinung nach nicht richtig, Herrn Kuch die Flexibilität zu nehmen, da die Poolstellen zunächst nicht besetzt gewesen seien. Stadtrat Werner teilt mit, dass er Verständnis dafür habe, wenn es im nächsten Jahr um eine Besetzung dieser Poolstellen gehen sollte, dass das Ganze dann kritisch betrachtet werde, ob es wirklich notwendig sei. Doch schon im

Voraus die Möglichkeit zu nehmen sei seiner Meinung nach die falsche Politik. Das Personal im Finanzbereich und in der Kämmerei sei sehr wichtig, denn wenn tausende Steuerbescheide nicht ausgestellt und verschickt werden können entstehen hohe Summen, denn für den verspäteten Eingang der Gelder bekomme man keine Zinsen. Stadtrat Werner gibt bekannt, dass die SPD-Stadtratsfraktion insbesondere den Stellen im Umweltamt zustimmen werde aber auch der Vorlage für den gemeinsamen Stellenplan. Er spricht ein großes Lob an Herrn Kuch aus, denn Stadtrat Werner könne sich nicht erinnern, dass es bei einer ständig wachsenden Stadt eine Nullrunde beim Personal gegeben habe.

Stadtrat Semle merkt an, dass es im letzten Personalausschuss keinerlei Anmerkung zu diesem Thema seitens der CSU-Stadtratsfraktion gegeben habe, und verstehe daher die heutige Aussage nicht. Im Umweltamt fehlen 4,9 Stellen und 1,5 Stellen sollen nun geschaffen werden und Stadtrat Semle sehe gute Gründe zuzustimmen, denn es werde ein Mindestmaß an notwendigen Stellen geschaffen. In diesem Jahr seien so wenige Stellen wie schon lange nicht mehr geschaffen worden und Stadtrat Semle denkt, dass diese Stellen die Verwaltung nicht teurer, sondern flexibler machen. Er ist der Ansicht, dass es wichtig sei dort zu sparen wo es Sinn mache aber die Ämter kaputtsparen und die Haftung der Stadt zu riskieren sei nicht sinnvoll.

Stadtrat Bannert teilt mit, dass er sich der Aussage von Stadtrat Grob zu Tagesordnungspunkt 11 anschließe, jedoch die AfD-Stadtratsfraktion diesem Punkt zustimmen werde, wenn der Stellenpool von 15 Stück rauskomme. Zu Tagesordnungspunkt 12 führt Stadtrat Bannert aus, dass er sich der Meinung von Stadtrat Schäuble anschließe und auch die AfD-Stadtratsfraktion diesem Punkt nicht zustimmen werde. Und zu Tagesordnungspunkt 13 teilt er mit, dass die AfD-Stadtratsfraktion den 2,5 Stellen zustimmen werde.

Stadtrat Stachel ist der Meinung, dass es zu würdigen sei, dass nicht nur der Versuch unternommen worden sei, sondern dass es auch funktioniert habe, dass keine neuen Stellen im Stellenplan ausgewiesen werden. Er denkt, dass Stadtrat Grob dem entgegenwirken wolle, dass man wieder mit 15 Poolstellen reingehe, deshalb sei der Antrag, auf 10 Poolstellen zu reduzieren. Stadtrat Stachel glaubt, dass es gut sei mit 10 Stellen reinzugehen, und dann einen Kompromiss zu finden, um Zustimmung für den Stellenplan zu bekommen. Des Weiteren führt er zum Bereich Umweltamt aus, dass die ursprüngliche Haltung der Freien Wähler gegen die Stellen gewesen sei, um im Bereich der Planstellen einzusparen und die Poolstellen zu verwenden. Wenn man zu großzügig mit den Personalstellen umgehe, habe man als Gesamtstadt irgendwann das Problem, dass der Verwaltungshaushalt nicht mehr genehmigt werde. Stadtrat Stachel ist aber nun der Meinung, dass den 1,5 Stellen fast zugestimmt werden muss, auch wenn er ursprünglich anderer Meinung gewesen sei und er hofft, dass die Freien Wähler zustimmen werden, auch wenn es vorher anders abgestimmt war. Zu den 9,5 Poolstellen der Kämmerei stellt Stadtrat Stachel in Frage, ob darüber hinaus noch zusätzlich Stellen geschaffen werden sollen, denn es sei auch wichtig Einsparpotenzial zu haben. Der konkrete Vorschlag von Stadtrat Stachel sei es, im Umweltamt mitstimmen, bei den Stellenplänen weniger Poolstellen und bei der Kämmerei die 2,5 Stellen nicht schaffen.

Herr Kuch weist darauf hin, dass bis heute keine der 15 Poolstellen beantragt worden sei. Man habe es sich verwaltungsintern nicht einfach gemacht und man sei an die Grenze des Vertretbaren gegangen. Zum Thema Reduzierung der Poolstellen führt Herr Kuch aus, dass wenn man diese 15 Poolstellen von denen heute 13,5 vorgeschlagen werden nicht hätte, dann könnten diese Stellen nicht besetzt werden und man müsste mit phantasievollen Herangehensweisen arbeiten und Stellen besetzen, die im Stellenplan nicht hinterlegt seien. Herr Kuch plädiert dafür, die zahlenmäßige Flexibilität zu bewahren, auch vor dem Hintergrund, dass es nächstes Jahr wahrscheinlich keinen Nachtrag geben werde. Herr Kuch schlägt vor, darüber nachzudenken, die Anzahl an Poolstellen zu belassen und bei der Veranschlagung noch einmal auf ein Viertel zu reduzieren. Eine sich daraus evtl. ergebende

Ansatzüberschreitung gleiche sich in Anbetracht der Fülle der unbesetzten Stellen über das Gesamtbudget wieder aus.

Bürgermeisterin Kleine spricht in Richtung CSU-Stadtratsfraktion aus, dass das Umweltamt einige Projekte unterstützt habe, die der CSU-Stadtratsfraktion sehr wichtig gewesen seien und auch Bürgermeisterin Kleine selbst zum Teil in der operativen Arbeit dabei gewesen sei, um diese Themen voranzubringen. Die Situation habe eine Grenze erreicht, an der man den Kolleginnen und Kollegen signalisieren müsse, dass diese Verstärkung von 1,5 Stellen kommen werde, denn sonst werden auch diese Mitarbeiter eine andere Stelle suchen. Bürgermeisterin Kleine zählt einige Dinge auf, die dann nicht mehr geleistet werden können, unter anderem z. B. die Bürgerberatungen oder der Lärmaktionsplan und das müsse dann auch den Bürgerinnen und Bürgern erklärt werden, dass bestimmte Themen die den Leuten sehr wichtig seien nicht mehr geleistet werden können. Bürgermeisterin Kleine hebt vor, dass sie immer alle möglichen Ressourcen rausziehe, um Dinge wie z. B. Künettegraben möglich machen zu können und dies bitte sie anzuerkennen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf weist darauf hin, dass es eine Organisationsuntersuchung gegeben habe und das Ergebnis damals im Stadtrat hoch gelobt wurde, deshalb sei er über die aktuelle Diskussion verwundert. Das Ergebnis der Organisationsuntersuchung könne nun nicht eingehalten werden und man schaffe nur die 1,5 Stellen, die am dringendsten sind, deshalb appelliert Oberbürgermeister Dr. Scharpf bei den 1,5 Stellen mitzugehen, denn die aktuelle Lage sei ausdrücklich geschildert worden und der Mangel im Amt sei fachlich fundiert. Des Weiteren führt Herr Oberbürgermeister Dr. Scharpf aus, dass man hohe Verantwortung trage den Personalhaushalt einigermaßen im Griff zu behalten. Die Personalkosten seien alleine wegen der Tarifierhöhung und der Höhergruppierung gestiegen, denn bei der Neuschaffung von Stellen sei man sehr zurückhaltend und man bringe nur die notwendigsten Stellen ein, die Pflichtaufgaben betreffen.

Stadtrat Stachel beantragt eine kurze Unterbrechung der Sitzung.

Stadtrat Schäuble schlägt als Kompromiss vor, die 1,5 Stellen im Stellenplan 2024 zu schaffen und Herr Kuch im Rahmen der Konsolidierung im Stellenplan 2025 1,5 Stellen in der gesamten Verwaltung identifiziere, die man dafür einspare, denn dann sei man im Rahmen der Pflichtaufgaben sicher.

Herr Kuch gibt wieder, dass heute bei Tagesordnungspunkt 2 der Grundsatzbeschluss zur Haushaltskonsolidierung gefasst worden sei, und dies sei eine Aufgabe im Hinblick auf den Haushalt 2025. Das bedeute, im ersten Halbjahr 2024 sei es erforderlich das Einsparpotential bei den Aufgaben festzulegen. Zu den Aufgaben aus dem Kienbaum-Projekt seien teilweise schon die konkreten VZÄs hinterlegt, wenn nun die entsprechende Potentiale beschlossen werden, dann könne man auch diese 1,5 VZÄ problemlos identifizieren. Des Weiteren geht Herr Kuch darauf ein, dass am Ende der öffentlichen Sitzung der Punkt Digitalisierungskonzept kommen werde und auch dort noch weitere Stellen benötigt werden, die aus diesen Einsparungen umgeschichtet werden können, um auch beim Thema Verwaltungsdigitalisierung entsprechend voranzukommen. Herr Kuch bringt vor, dass er das Thema angehen werde, aber dafür die Unterstützung des Stadtrates brauche und dieser dann auch die Einsparungspotentiale so beschließen müsse.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag der CSU-Stadtratsfraktion zu TOP 11, die 15 Poolstellen wegfällen zu lassen

Gegen 17 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag abgelehnt.

Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag der Freien Wähler-Stadtratsfraktion, die 15 Poolstellen auf 10 Poolstellen zu reduzieren.

Gegen 18 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag abgelehnt.

11. Stellenplan 2024 für die Stadtverwaltung

(Referent: Herr Kuch)

V0870/23

Gegen 20 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

12. Besetzung von 1,5 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) Poolstellen im Umweltamt, Bereich Bodenschutzrecht und Wasserrecht

(Referentin: Bürgermeisterin Kleine)

V0819/23

Gegen 9 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

13. Umsetzung der Ergebnisse der Personalbemessung aus der

Organisationsuntersuchung für die Kämmerei; Besetzung von 9,50 Poolstellen und Schaffung von 2,50 Planstellen

(Referenten: Herr Fleckinger, Herr Kuch)

V0799/23

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

14. Umsetzung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung für das Amt für zentrale Finanzbuchhaltung; Besetzung von 2,50 VZÄ Poolstellen

(Referent: Herr Fleckinger)

V0785/23

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.